



**Newsletter – Ausgabe März 2013**

Dresden-Plauen, 14.03.2013

Liebe Leserin, Lieber Leser,

dies ist der erste Newsletter der SPD Dresden-Plauen. Damit wollen wir monatlich über Ereignisse in Dresden-Plauen und Aktivitäten des hiesigen SPD-Ortsvereins informieren. Gern nehmen wir auch Themenvorschläge und Terminhinweise entgegen. Auch für Leserbriefe sind wir dankbar und nehmen diese möglichst mit auf. Sollten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, teilen Sie uns das bitte mit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Albrecht Pallas  
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Dresden-Plauen

**Kontakt: [info@spd-dresden-plauen.de](mailto:info@spd-dresden-plauen.de)**

**SPD Dresden-Plauen will über Entwicklung der TU Dresden diskutieren**

von Albrecht Pallas

Am 18. März 2013 wird der Kanzler der TU Dresden, Wolf-Eckhardt Wormser, zu Gast auf der Versammlung der Plauener SPD sein. Auf der Veranstaltung, welche ab 19 Uhr im Gasthof Coschütz stattfindet, wird der TU-Kanzler die Entwicklungspläne der Universität vorstellen. In der anschließenden Diskussion soll es u.a. um die Fragen gehen, wo es mögliche Schwierigkeiten mit städtebaulichen Interessen der Stadt Dresden gibt, wie die Anwohner betroffener Stadtteile besser eingebunden werden können und wie der notwendige Entwicklungsprozess zwischen TU, Stadt und Öffentlichkeit in Balance gebracht werden kann.



## Sitzung des Ortsbeirates Plauen am 26. Februar 2013

von Heike Wieghardt

Auf der Sitzung des Ortsbeirates Plauen am 26. Februar 2013 wurden 4 Vorlagen beraten (siehe [http://ratsinfo.dresden.de/to0040.php?\\_ksinr=2768](http://ratsinfo.dresden.de/to0040.php?_ksinr=2768)).

Zum ersten Thema der „Kinder-, Jugend- und Familienarbeit“ in Plauen hatte sich unsere Ortsbeirätin Heike Wieghardt bereits im Vorfeld geäußert, dass die Vorlage eine gute Grundlage für die Planung der nächsten Jahre sein kann. Allerdings stieß die geplante Abschaffung, der geschlechterspezifischen Arbeit insbesondere im Bahnhof Plauen auf unsere Ablehnung. Eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe unter unserer Mitwirkung formulierte schließlich eine Reihe von Änderungen, so dass der Vorlage zugestimmt werden konnte. Inzwischen ist bekannt, dass auf Grund der veränderten Haushaltsituation (SPD, CDU und Grüne haben mehr Geld für die Jugendhilfe beschlossen) die Jugendhilfeplanung erneut im Ortsbeirat diskutiert wird.

Anschließend wurde die Fortführung des Kita-Fachplans beraten. Zum zweiten Mal in Folge wurde von der Verwaltung ein Plan vorgelegt, in welchem der Bedarf in Dresden-Plauen nicht gedeckt werden kann. Ein Änderungsantrag der SPD-Ortsbeiräte zur Aufnahme eines weiteren Objekts in die Planung bekam leider keine Mehrheit. Bei Enthaltung von der SPD wurde die Fachplanung vom Ortsbeirat angenommen.

Zur klaren Angelegenheit wurde die Abstimmung über den Bau von Zweckgebäuden für die 70. Grundschule auf der Südhöhe. In der Diskussion wurde aber darauf hingewiesen, dass die Eltern, deren Kinder den Hort auf der Michelangelostraße besuchten, viel zu spät über die baupolizeiliche Sperrung der Horträume informiert wurden. Die Ortsbeiräte mahnten eine bessere Informationspolitik der Stadtverwaltung an.

Die 4. Vorlage, welche den Ortsbeiräten verspätet zugestellt worden war, behandelte den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes 393, mit welchem eine Erweiterung der Bebauung der TU Dresden südlich der Nöthnitzer Straße ermöglicht werden soll. Für die SPD-Ortsbeiräte ist klar, dass sich die TU Dresden zum Wohle der gesamten Stadt weiter gut entwickeln muss. Allerdings enthält der vorgeschlagene Bebauungs-Plan aus Sicht der SPD gleich mehrere Fragezeichen: der Fortbestand von Grünanlagen und –flächen, der Umgang mit Anwohnern in Campus-Nähe und die Auswirkungen auf das Stadtklima seien hier stellvertretend genannt. Damit befanden sich unsere Ortsbeiräte im Konsens mit Vertretern anderer Parteien, so dass die Vorlage zur erneuten Beratung auf die nächste Sitzung des Ortsbeirates am Dienstag, 9. April 2013 vertagt wurde. Mehrere Zeitungsartikel in den Folgetagen bestätigten insbesondere im letzten Punkt die Brisanz des Themas und die Position der SPD im Ortsbeirat.



## **Gedenkstätte Münchner Platz**

von Christopher Jakoby

Der Ortsverein Dresden Plauen besuchte am 25. Februar 2013 im Rahmen der Mitgliederversammlung die Gedenkstätte Münchner Platz. 30 Genossinnen und Genossen beteiligten sich an der Besichtigung der neuen Dauerausstellung in der Gedenkstätte.

Die unbegreifliche und erschütternde Thematik der politischen Justiz in den Jahren 1933 – 1945 und von 1945 - 1957 wurde bemerkenswert in der Ausstellung dargestellt.

Auf Grund der doppelten Vergangenheit des Ortes Münchner Platz Dresden beschäftigt sich die Gedenkstätte mit der politischen Strafjustiz und ihren Opfern während der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzungszeit und der frühen DDR.

Der Gebäudekomplex Münchner Platz wurde als Gerichtsort, Haftanstalt und Hinrichtungsstätte genutzt. Das letzte Todesurteil wurde Ende 1956 vollstreckt.

Die Ausstellung befindet sich im Georg-Schumann-Bau der TU Dresden.

Quelle: <http://www.stsg.de/cms/dresden/startseite>

## **Sachsens SPD-Mitglieder entscheiden über „Schuldenbremse“**

von Albrecht Pallas

Die Mitglieder der sächsischen SPD werden im März und April erstmals an einem Mitgliederentscheid teilnehmen können. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte beteiligt die Partei auf diese Weise landesweit alle Mitglieder gleichzeitig an der innerparteilichen Willensbildung. Der Mitgliederentscheid wird durchgeführt, weil sich die SPD Sachsen auf verschiedenen Parteitaggen grundsätzlich gegen ein Neuverschuldungsverbot ausgesprochen hatte.

Bei der Abstimmung geht es nun um die Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die sächsische Verfassung. Das Neuverschuldungsverbot, welches für den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland spätestens ab 2016 gilt, wäre spätestens 2020 auch für die Bundesländer, darunter natürlich auch Sachsen, in Kraft getreten. Das stand seit der Änderung des Grundgesetzes im Juni 2009 fest. In den Verhandlungen zur Sächsischen Verfassungsänderung ging es deshalb hauptsächlich um das "Wie" des Neuverschuldungsverbotes. Die am 1. Februar 2013 unterzeichnete Absichtserklärung der demokratischen Fraktionen des Sächsischen Landtags stellt dabei einen hart verhandelten Kompromiss aus den Forderungen der Regierungskoalition und der demokratischen Oppositionsparteien.

Einerseits will die Regierung den Verfassungsrang für ein Neuverschuldungsverbot. Andererseits galt es die Ausnahmen, welche auch das Grundgesetz vorsieht, ebenfalls in der sächsischen Verfassung zu verankern. Danach könnten bei Naturkatastrophen oder in wirtschaftlichen Notlagen



mit einer Zweidrittel-Mehrheit im sächsischen Landtag doch Schulden aufgenommen werden. CDU und FDP ließen sich auf einen Kompromiss ein, bei dem sowohl SPD als auch DIE LINKE. entscheidende Forderungen durchsetzen konnten: die Kommunalfinanzen werden rechtlich abgesichert und künftige Haushalte müssen nicht nur den Prinzipien „Wirtschaftlichkeit“ und „Sparsamkeit“, sondern auch dem Prinzip des „sozialen Ausgleiches“ folgen. Die SPD unter Führung ihres Fraktions- und Parteivorsitzenden Martin Dulig hatte sich besonders für die Sicherung der Finanzausstattung der Kommunen bei ihnen übertragenen Aufgaben eingesetzt.

Weitere Informationen zur „Schuldenbremse“ und zum Mitgliederentscheid finden Sie unter <http://www.mitgliederentscheid.spd-sachsen.de/>.

## Die Rede von Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz

von Christopher Jakoby

Am 23.03.1933, vor 80 Jahren, sprach der Sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Diese Rede gilt als letzter parlamentarischer Widerstand gegen Hitler und sein Schergen.

"Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht."

Im Rahmen der Kampagne „150 Jahre SPD“ werden die Jusos Dresden **am Montag den 25. März um 19 Uhr** ein Veranstaltung zur Rede von Otto Wels und zum Ermächtigungsgesetz im Herbert-Wehner-Bildungswerk (Kamenzer Straße 12 ) anbieten.

Wir werden uns mit der historischen Einordnung der Weimarer Republik und der Machtergreifung der NSDAP beschäftigen. Weiterhin werden wir natürlich die Rede von Otto Wels hören und danach beleuchten wir die Konsequenzen des Ermächtigungsgesetzes für die Sozialdemokratie.

Kontakt: [christopher.jakoby@jusos-dresden.de](mailto:christopher.jakoby@jusos-dresden.de)



## Terminhinweis Münchner-Platz-Komitee

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte, am Donnerstag, dem 21. März 2013, um 18.30 Uhr findet im Vortragsraum der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Münchner-Platz-Komitee und der Wilhelm-Külz-Stiftung statt.

Das Ermächtigungsgesetz 1933 und die Nazifizierung der Justiz

Wie gelang es Hitler, die Justiz als möglichen „Störfaktor“ auszuschalten? Ralf Oberndörfer (Leiter des Instituts für Geschichtsarbeit HISTOX, Berlin) geht dieser Frage nach, in dem er die entscheidende Reichstagssitzung am 23. März 1933 in einem Vortrag mit Film- und Tonausschnitten nachzeichnet.

In dieser - nun 80 Jahre zurückliegenden - Sitzung beschloss der Reichstag das so genannte Ermächtigungsgesetz, das den demokratischen Rechtsstaat beseitigte. Das Gesetz gab Adolf Hitler die uneingeschränkte Gesetzgebungsgewalt in die Hand, das Parlament war völlig ausgeschaltet.

Die Justiz war nun nicht mehr befugt, Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit und staatliche Maßnahmen auf ihre Gesetzmäßigkeit zu prüfen. Das „Ermächtigungsgesetz“ schuf zudem die Grundlage, um republikanisch gesinnte Richter aus ihren Ämtern zu entfernen. Auf die mehrheitlich

nationalkonservative Richterschaft konnte sich das NS-Regime in der Folgezeit weitgehend verlassen.

Die Veranstaltung wird neben den Kooperationspartnern gefördert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie des

Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und findet im Rahmen des „Forum 13. Februar“ statt.

Ich würde mich freuen, Sie zu dieser Veranstaltung in unserer Gedenkstätte begrüßen zu dürfen.



## Termine:

- 18.3., 19 Uhr**, Mitgliederversammlung im Gasthof Coschütz (Entwicklung der TU Dresden)
- 21.3., 18:30 Uhr**, Vortrag „Das Ermächtigungsgesetz 1933 und die Nazifizierung der Justiz“, Gedenkstätte Münchner Platz, Vortragsraum
- 23.3., 10:00 Uhr** Landeswahlkonferenz zur Aufstellung der SPD-Landesliste zur Bundestagswahl in Frankenberg. Die Dresdner Delegierten setzen sich für eine gute Positionierung der Dresdner Kandidierenden ein
- 25.3. , 19 Uhr**, Öffentliches Hören der letzten Reichstagsrede von Otto Wels, Herbert-Wehner-Bildungswerk
- 3.4., 19 Uhr**, Vorstandssitzung, Ort noch offen
- 9.4., 17:30 Uhr**, Ortsbeirat Plauen, im Rathaus Plauen, Nöthnitzer Str.

Für Leserbriefe, Terminhinweise oder weitere Beiträge:  
[info@spd-dresden-plauen.de](mailto:info@spd-dresden-plauen.de)